

Matthias Machnig/Joachim Raschke (Hg.)

Wohin steuert Deutschland?

Bundestagswahl 2009
Ein Blick hinter die Kulissen

| Hoffmann und Campe |

Inhalt

EINLEITUNG

Matthias Machnig/Joachim Raschke Richtungs- oder Regierungswahl? Strategische Ausgangsbedingungen der Bundestagswahl 2009 **11**

FÜHRUNG

Gerd Langguth Das Machtprinzip der Angela Merkel **29**

Tissy Bruns Einer muss beginnen – Steinmeier und Müntefering **40**

Jens König Der Chef und sein Anwalt – Lafontaine und Gysi **47**

Ulrike Herrmann Tandem wider Willen – Künast und Trittin **54**

STRATEGIE

Christoph Schwennicke Verändert die Politik die Krise oder die Krise die Politik? **63**

Gabor Steingart Politik mit Volk. Die Selbsterneuerung der Demokratie oder Sieben Lehren aus dem amerikanischen Wahlkampf 2008 **71**

Warnfried Dettling Offene Strategiefragen von CDU/CSU **79**

Manfred Bissinger Der Kampf um die politische Mitte oder Wie die Sozialdemokraten ihre Zukunft meistern könnten **87**

Hans Vorländer Das strategische Dilemma der FDP 94

Brigitte Fehrlé Im Vorhof der Macht – Planspiele der Linken 99

REFORM

Richard Hilmer Die politische Dynamik der
Gerechtigkeitsfrage 109

Dieter Rulff Der trügerische Traum planbarer Prosperität 122

Wolfgang Schroeder Reform, Sozialstaat und
Parteienwettbewerb 135

Berthold Huber Reform und Gewerkschaftsmacht 143

Werner Schnappauf Reformen und Wirtschaft 153

Birger P. Priddat Reformen brauchen Leitbilder 161

PROGRAMME

Jürgen Rüttgers Die Gesellschaft zusammenhalten –
Solidarität und neue Sicherheit 173

Andrea Nahles Neues Programm – neue Perspektiven 182

Wolfgang Gerhardt Zwischen Markt und Gerechtigkeit 190

Gregor Gysi Zwischen Real- und Oppositionspolitik 199

Reinhard Bütikofer Für einen Green New Deal 207

PARTEIEN

Elmar Wiesendahl Sehnsucht nach der bürgerlichen Mehrheit.
Die Union unter Merkel im Wahljahr 2009 217

Gerd Mielke Endspurt mit schweren Beinen.
Zur innerparteilichen Lage der SPD 229

Gero Neugebauer Die Linke – Auf dem Weg zu unbekanntem
Ufern oder Die vertagte Klärung 243

Jürgen Dittberner: FDP – Einmannpartei im
bürgerlichen Lager **250**

Lothar Probst Wie strategiefähig sind Bündnis 90/Die Grünen
im Superwahljahr 2009? **258**

BÜNDNISFRAGEN

Oskar Niedermayer Wahrscheinliche und unwahrscheinliche
Koalitionen **267**

Matthias Jung Koalitionswunsch und Lagermentalität **280**

Frank Bsirske Die neue Unübersichtlichkeit – Gewerkschaften
und neues Parteiensystem **290**

KOMMUNIKATION

Michael H. Spreng Frischzellenkur – unsere Demokratie braucht
Erneuerung **301**

Jörg Schönenborn Demoskopie in der beschleunigten
Stimmungsdemokratie **308**

Richard Meng Aus der Spur – Politische Kommunikation
muss authentisch sein **323**

SCHLUSS

Matthias Machnig/Joachim Raschke Wahlen im Schatten der
Krise **341**

Die Autoren **344**

Die Herausgeber **352**

Matthias Machnig/Joachim Raschke

Richtungs- oder Regierungswahl?

Strategische Ausgangsbedingungen
der Bundestagswahl 2009

Richtungswahl, Kompetenzwahl, Verantwortungswahl, Lagerwahl, Krisenwahl, Sicherheitswahl: Solche und ähnliche Stichworte werfen ein Licht auf das Wahljahr 2009. Oder ist es nichts weiter als die 17. Bundestagswahl seit 1949, *business as usual* in einer parlamentarischen Demokratie?

Worum wird es am 27. September 2009 eigentlich gehen? Vor welchen Fragen und Optionen stehen die Wähler? Was sind die Angebote, Programme, Strategien der fünf Parteien? Und welche Konsequenzen haben unterschiedliche Wahlergebnisse für Deutschland, die Parteienlandschaft, die Richtung der Politik in Deutschland?

Zunächst findet diese Wahl unter besonderen Umständen statt: mitten in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit in Deutschland und weltweit. Das Ergebnis der ersten Wirtschaftskrise in den sechziger Jahren war die Bildung der Großen Koalition 1966, eine Koalition auf Abruf, ein Zwischenspiel auf dem Weg zur gesellschaftlichen Modernisierung durch die sozialliberale Koalition 1969. Die Krise Anfang der achtziger Jahre setzte diesem lagerübergreifenden Bündnis und der Regierung Schmidt ein Ende. Mit der Regierung Kohl wurde das bürgerliche Projekt reaktiviert. Die unterschiedlichen ökonomischen Richtungspositionen suchten sich zunächst neue parlamentarische und dann neue gesellschaftliche Mehrheiten.

Doch Krise und Umbruch müssen keine Katalysatoren für neue Mehrheitskonstellationen sein. Sie können – dafür gibt es Beispiele – auch die Neigung der Wähler verstärken, Sicherheit statt Wandel zu wählen. So stand die Bundestagswahl 1976 im Schatten der Ölkrise 1973/74, während die Wahl 1990 von den Umbrüchen der Wiedervereinigung geprägt war.

Eines ist sicher: Entscheidend für die Wahl 2009 wird sein, welche Krisenkompetenz den jeweiligen Parteien zugetraut wird. Allerdings bleibt

offen, was die Mehrheit unter Krisenkompetenz versteht und wie sie die Krise einordnet. Betrachtet sie die Krise als Richtungsfrage (Sicherheit oder Gerechtigkeit?) oder als Verantwortungsfrage regierender Macher? Strategisch heißt das für die Parteien, nicht nur instrumentelle Antworten auf die Krise in Form von Konjunkturpaketen, Arbeitsmarktinstrumenten etc. zu geben, sondern auch Deutungshoheit für und über die Krise zu gewinnen, einen Frame für ein übergreifendes Politikangebot zu entwickeln. Doch genau dafür gibt es von den Parteien bislang kein Angebot.

Die zweite Besonderheit ist die Krise selbst, ihre Dynamik, ihre Globalität, ihre Tiefe und ihre beständige Präsenz. Politik ist und wird permanent gefordert sein, zu verstehen, zu lernen, zu reagieren, nachzubessern und Neues zu tun. Regieren im Sinne von realem politischem Handeln, nicht von symbolischer Politik wird zur Daueraufgabe des Wahljahres 2009. Die bisherige Mechanik politischer Wahljahre, die Dominanz symbolischer Regierungs-, Koalitions- und Parteipolitik, also virtuelles Regieren, wird angesichts der Dynamik der Krise in den nächsten Monaten kaum möglich sein. Falls aber doch daran festgehalten würde, wäre die Reaktion des Souveräns, des Wählers, schwer kalkulierbar. Im amerikanischen Wahlkampf herrschten andere Bedingungen: Es gab keinen regierenden Kandidaten. Es ging um einen neuen Präsidenten, eine neue Administration, also um einen politischen Neubeginn. In Deutschland, das steht bereits vor der Wahl fest, wird es mehr Kontinuität als Wandel geben, unabhängig von der Frage, wer am Ende den Bundeskanzler stellen wird oder welche Koalition regiert. Wie vollzieht man eine Scheidung bei gemeinsamem Sorgerecht beziehungsweise gemeinsamer Sorgepflicht für das Land und das mitten in der Krise? Dieser Umstieg in den Ausstieg, in den Wahlkampf, wird allerdings stattfinden müssen – denn kein Wahlkampf ohne Kontroversen und Konflikte. Das ist die Herausforderung, vor der die Regierung und die sie tragenden Parteien, aber auch die Opposition stehen. Auch darüber, wie glaubwürdig und verantwortungsvoll dies geschieht, werden die Wähler am 27. September befinden. Eine Blaupause dafür gibt es nicht.

Die dritte Besonderheit dieser Bundestagswahl ist, dass erstmals eine durch Wahlen entstandene Große Koalition zur Wiederwahl ansteht – ein von den Wählern erzwungenes und nach der Wahl auch akzeptiertes schwarz-rotes Bündnis. Die seit 2005 bestehende »antagonistische Kooperation« (Glotz) der (schrumpfenden) Großparteien hat beide verändert. Gemessen an den Leipziger Parteitagsbeschlüssen und dem Kirchhof-Wahlkampf 2005, dem Projekt bürgerlicher Radikalreformen, haben sich

die Kanzlerin und die Politik, die die Union mitgetragen hat, sozialdemokratisiert. Aber auch die SPD hat sich verändert, nicht allein durch die Große Koalition, mehr noch durch ihre elfjährige Regierungsverantwortung. Regierungspragmatismus prägt die heutige Partei. Ein Pragmatismus, den die französischen Sozialisten nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung so beschrieben haben: »Wir sind angetreten, um die Gesellschaft zu verändern. Das Ergebnis ist, dass die Gesellschaft uns verändert hat.«

Im Vergleich dazu war der Veränderungsprozess der Union weitreichender, er musste schneller vollzogen werden. Regierung funktioniert eben nicht auf der Grundlage identitätsorientierter Politikbeschlüsse. Und was am schwersten wiegt: Die Kanzlerin hat sowohl die Union wie auch ihre Ministerpräsidenten entmachteter. Durch den präsidentiellen Stil, mit dem sie die Große Koalition steuert, durch ihre Partnerschaft zu den Schwergewichten der Sozialdemokratie, die mehr zählt als Parteiloyalität zu den Leichtgewichten der Unionsminister oder den (früheren) Konkurrenten aus der Riege der Ministerpräsidenten.

Die doppelte antagonistische Kooperation, auf der Ebene der Parteien wie der Personen, ist die eigentliche Machtreserve Angela Merkels, deren Kanzlerschaft und Führungsanspruch in der Großen Koalition stabiler ist als in jedem anderen denkbaren Bündnis. Was Angela Merkel vor allem von einem entlastet: politisch führen zu müssen.

Die vierte Besonderheit dieser Wahl betrifft die Parteienlandschaft. Die Wahl am 27. September 2009 wird darüber entscheiden, ob sich Parteidemokratie in Deutschland auf Grundlage eines Fünf-Parteien-Systems verfestigt.

Seit 1949 ist jede Partei, die mindestens zweimal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, zu einem festen Bestandteil des Parteienspektrums geworden. Traut man den demoskopischen Befunden, so scheint diese Frage bereits beantwortet. Doch welche Auswirkungen hat diese Konstellation auf die Mehrheitsfähigkeit der Lager und für die Gewichte der jeweiligen Parteien in den jeweiligen Lagern? Diese Frage stellt sich, auch wenn im linken Lager das Paradox einer sich selbst ausschließenden fünften Partei existiert. Seit 1998 gibt es keine bürgerliche Mehrheit mehr. In den Wahlen seit 1998 gab es immer einen Anteil von mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen jenseits von Union und FDP, eine vor allem sozial-kulturelle Mehrheit jenseits des bürgerlichen Lagers.

Man kann »Lager« unterschiedlich definieren. Immer geht es um Emotionen und Strategien ausschließender Gegnerschaft bei eigener Identi-

tätsbildung. In Deutschland gab es Lager-Phasen (1949–1966, 1982–1998, 1998–2005) und lagerübergreifende Phasen (1966–1969, 1969–1982, 2005–). Neu ist, dass die Linkspartei sich mehr als andere als Lagerpartei versteht, dafür aber kein Lager existiert. Sie ist eine Lagerpartei der »negativen Integration«, bisher unfähig zu »positiver Integration«. Sie blockiert ein erweitertes linkes Lager, erzwingt dadurch lagerübergreifende Bündnisse der anderen Parteien – gegen die sie danach noch wirksamer agitieren kann.

Innerhalb der Lager stellt sich die Frage nach den Gewichten der jeweiligen Parteien, mit Konsequenzen weit über die Frage der Mehrheitsfähigkeit bei der Bundestagswahl hinaus. Letztlich wird die kommende Bundestagswahl mit darüber entscheiden, ob man in Zukunft noch vom Typ Volkspartei in der bisher bekannten Form sprechen kann. Parteien mit einem Wahlanteil von 35 Prozent oder weniger, bei einem Nichtwähleranteil von 22 Prozent (2005), lassen sich kaum noch als Volksparteien bezeichnen.

Eine Verfestigung der Ausdifferenzierung im linken Lager, bei gleichzeitiger Stärkung von Grünen und Linkspartei, wird – unabhängig von der Frage einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl – die Frage einer Mehrheitsfähigkeit der SPD jenseits der Großen Koalition auf die Tagesordnung setzen. Das gilt für die Länder wie für die Bundesebene. Ein Aussitzen, ein Verdrängen dieser Frage wird es dann nicht mehr geben.

Bislang können sich die Sozialdemokraten nicht entscheiden, ob, wie und wann sie den Ausstieg aus der Logik, den Ritualen, der Architektur der Großen Koalition einleiten wollen. Diese Architektur hat ein Grundprinzip: das institutionelle Unentschieden in Sach- und Personalfragen. Die Konsequenz dieses Prinzips ist erheblich. Man stelle sich vor, die Fußballbundesliga würde nach diesem Prinzip funktionieren – spätestens nach dem vierten Spieltag würden sich die Stadien leeren, die Fans sich abwenden. Auch dies ist eine Hypothek für das Wahljahr 2009.

Bislang lavieren die beiden Großkoalitionäre hinsichtlich ihrer Wahlkampfstrategie. Daher werden die Parteien erst spät über ihre Wahlkampfstrategie entscheiden, vielleicht zu spät. Die Wirtschaftskrise hat beide großen Parteien verunsichert. Sie schwanken zwischen Richtungs- und Regierungswahlkampf.

Richtungswahlkampf müsste die sich aus der Krise ergebenden Richtungsfragen thematisieren, also das Verhältnis von Markt und Staat, Regulierung und Deregulierung, Einkommens- und Reichtumsverteilung, Eigenverantwortung, Solidarität und Sozialstaat. Richtungsfragen also,

die bisher im Rahmen der »antagonistischen Kooperation« ausgeklammert wurden, die aber wahlkampfstrategisch zur Mobilisierung der jeweiligen Milieus und auch im Hinblick auf ein Politikkonzept als Antwort und als Konsequenz der Krise überfällig sind. Insbesondere dann, wenn man die Einschätzung von Joseph Stiglitz teilt, dass die Finanzkrise eine ähnliche Bedeutung habe wie der Fall der Mauer.

Ein Regierungswahlkampf hingegen würde diese Richtungsfragen bewusst und gezielt ausschließen, stattdessen die staatspolitische Verantwortung betonen, um vor allem Optionen für den Tag nach der Wahl zu sichern. Eine Linie für die Bundestagswahl, die die Akteure lieber »Verantwortungswahlkampf« nennen würden, um zu suggerieren, dass die klare Richtungswahl unverantwortlich wäre. Ein solcher Regierungswahlkampf läge auch den persönlichen Dispositionen der beiden Spitzenkandidaten sicherlich am nächsten. Allerdings hätte dies eine weitreichende Konsequenz: Die Bestimmung der Politik der nächsten Jahren würde auf die Koalitionsverhandlungen nach der Wahl verlagert – ein erhebliches Legitimitätsdefizit für jede neue Regierungsmehrheit.

1. Parteien und Parteiensystem in der Krise

Parteien verlieren an Strategiefähigkeit, das Fünf-Parteien-System führt leicht zu Koalitionen, die keiner will. Das war bei der Bundestagswahl 2005 so und ist nahezu Normalität in Ostdeutschland, wo in sechs Ländern vier Große Koalitionen regieren. Die Entwicklung zu einem Fünf-Parteien-System ist kein Zufall, sondern Konsequenz der Ausdifferenzierung von Interessen in der Gesellschaft in und zwischen unterschiedlichen Wählermilieus. Am einen Pol steht das »radikalisierte Bürgertum«, mit dem Wunsch nach mehr marktwirtschaftlichen Reformen, am anderen Pol das »Prekariat«, mit dem Anspruch auf mehr Gerechtigkeit und Sozialstaatlichkeit. Die Krise wird diese Polarisierung eher verschärfen. Was das für die Wahlentscheidung im Herbst 2009 bedeutet, bleibt noch unklar, weil Umfang, Intensität und Folgen der Krise noch nicht wirklich in der Gesellschaft angekommen sind.

Politik bietet bislang vor allem eines nicht: eine Erklärung für die Krise und deren Einordnung. Das ist aber mindestens so entscheidend wie die Instrumente gegen die Krise. Politische Führung und Orientierung können sogar wichtiger sein als Milliardenprogramme. Politik ist nicht der ruhende Pol gegenüber den Turbulenzen der Ökonomie. Sie löst nicht de-

Leseprobe aus:

Matthias Machnig / Joachim Raschke (Hg.)

Wohin steuert Deutschland?

Bundestagswahl 2009
Ein Blick hinter die Kulissen

352 Seiten

1. Auflage 2009

Copyright © 2009 by

Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg

www.hoca.de

Satz: atelier eilenberger, Leipzig

Gesetzt aus der Minion Pro und der Univers

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-455-50113-1


HOFFMANN
UNDCAMPE

Ein Unternehmen der
GANSKE VERLAGSGRUPPE